



Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats

Editorial

In die Gesundheit investieren

Wie steht es um die Gesundheit der professionell Pflegenden in Deutschland? Der Gesundheitsreport des BKK Bundesverbandes enthält hierzu Antworten. Im Besonderen wurde dabei auf die „Arbeit und Gesundheit der Generation 50+“ geschaut. Denn die Zahl der Beschäftigten in dieser Altersgruppe steigt derzeit prozentual am stärksten an – auch im Pflegebereich. Liegt deren Anteil bei den BKK-Beschäftigten bei rund 34%, so liegt er aktuell bei den Pflegefachpersonen in Niedersachsen bei etwa 38%.

Weiter heißt es im Bericht zur Lage der Pflegeberufe in Niedersachsen, dass bis 2033 voraussichtlich 35 bis 43% der heute dort tätigen Pflegefachpersonen nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten werden. Der Nachwuchs werde die Zahl der Berufsausstiege nicht kompensieren können. In anderen Bundesländern sieht es ähnlich dramatisch aus. Das sind gravierende Veränderungen in der Arbeitswelt. Begegnen kann man dieser Erwerbstätigenlücke, indem junge Leute rekrutiert werden und gleichzeitig ältere Arbeitnehmer länger in der Arbeit gehalten werden. Zudem ist der Erfahrungsschatz der Generation 50+ zu sichern. Dabei gilt es, die Arbeit altersgerechter zu gestalten als dies vielfach heute der Fall ist. Und es muss ein größerer Wert auf Prävention und auf eine sinnvolle betriebliche Gesundheitsförderung gelegt werden.

Denn eines zeigt der BKK Gesundheitsreport auch: Entscheidend sind insbesondere im Pflegebereich die Arbeitsbelastungen und Arbeitsbedingungen, unter denen die Beschäftigten tätig sind. Das ist ein wesentlicher Punkt für eine höhere Attraktivität der Pflegeberufe. Hier gilt es anzusetzen. Es muss aktiv in die Gesundheit der professionell Pflegenden investiert werden!

Franz Wagner
Präsident des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Das Pflegemagazin

IM FOCUS

Personalbemessungsinstrument ist Pflicht

Für den Deutschen Pflegerat e. V. (DPR) ist die Ausgliederung der Pflegepersonalkosten aus dem DRG-System und die künftige Finanzierung der Pflege über ein krankenhausindividuelles Pflegebudget der richtige Weg, um einem weiteren Stellenabbau im Krankenhaus entgegenzuwirken.

Verbunden werden muss dies allerdings zwingend mit der Entwicklung eines Pflegepersonalbemessungsinstruments. Hierzu hat der DPR in einem ersten Schritt konzeptionelle Vorarbeiten geleistet, um ein entsprechendes Bemessungsinstrument zur Bestimmung des Pflegepersonalbedarfs im Krankenhaus zu entwickeln. Dieses soll pflegebedarfsbezogen die Funktion der PPR weiterentwickeln („PPR 2.0“).

Der vom Gesetzgeber formulierte Auftrag, die Prozedurenschlüssel zu benennen, die nach Einführung des Pflegebudgets nicht mehr benötigt werden, muss konsequent umgesetzt werden. Das erklärte Ziel, Dokumentationsaufwand zu reduzieren und somit Pflegekräfte zu entlasten, ist u. a. über die Streichung der Pflegekomplexmaßnahmen-Scores (PKMS) zu erreichen.

Der PKMS war und ist mit erheblichem bürokratischem Aufwand verbunden und stellt keinen Qualitätsindikator dar. Die Herausnahme des PKMS aus den Prozedurenschlüsseln würde den Kolleginnen und Kollegen in der direkten Pflege und den Patientinnen und Patienten in unseren Krankenhäusern zugutekommen, da mehr Zeit für die Pflege am Bett zur Verfügung stehen und die wertvolle Arbeitszeit der Pflegekräfte nicht patientenfern in einem „bürokratischen Überbau“ vergeudet würde.

Irene Maier
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Interessen endlich selbst bestimmen

Brandenburger Pflegende stimmen für die Kammer

Die Mehrheit der Pflegefachkräfte im Land Brandenburg hat sich für die Errichtung einer Pflegekammer ausgesprochen. 56% stimmten in einer repräsentativen Befragung für eine solche Institution.

Der Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), Franz Wagner, kommentiert die Zustimmung zur Pflegekammer in Brandenburg: „Das ist ein wichtiger Schritt für eine aktive Beteiligung der Pflegefachpersonen in den Belangen, die sie betreffen. Das Land Brandenburg tut gut daran, diese Willensentscheidung schnell umzusetzen und die Pflegekammer selbstbewusst neben die bereits bestehenden Kammern der Ärzte, der Zahnärzte und der Apotheker zu stellen.“

Ausgeglichene Abstimmung

Die Zustimmung zur Pflegekammer erfolgte auf einer guten Informationsbasis (71% der Befragten hatten bereits Informationen zum Thema erhalten) und unabhängig davon, in welchem Sektor der Pflege die rund 1.200 telefonisch Befragten tätig waren. Sowohl in der ambulanten Pflege (57%) als auch in der stationären Pflege (57%) und im Krankenhaus (55%) befürwortete eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten eine Pflegekammer. In anderen Ländern (mit Umfragen zur

Pflegekammer) lag die Zustimmungquote von Krankenpflegekräften in der Regel über dem Durchschnitt.

„Die Daten der telefonischen Befragung sind repräsentativ für die Gesamtheit der Pflegefachkräfte und weisen eine äußerst geringe statistische Abweichung von nur +/- 2,4% auf“, heißt es hierzu vom Sozialministerium Brandenburg. Dessen Ministerin, Susanna Karawanskij, ergänzte: „Eine Mehrheit der Brandenburger Pflegefachkräfte will eine wirkungsvolle Interessenvertretung in Politik und Gesellschaft. Sie wollen nicht länger hinnehmen, dass im anstrengenden Pflegealltag ihre Interessen hintenanstehen. Wir werden prüfen, wie die Ergebnisse umgesetzt werden können.“

Konkret werden die Daten nun analysiert und mit den Akteuren im Land besprochen. Im Anschluss wird das Ministerium eine Empfehlung an den Landtag formulieren.

Durchgeführt wurde die Befragung von der Psyma Health & Care GmbH (Nürnberg) im Auftrag des brandenburgischen Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Kernergebnisse der Befragung sind:

Erwartungen der Befürworter an eine Pflegekammer:

Erwartet wird von einer Pflegekammer, dass diese die Interessen der Berufsgruppe Pflege vereinen und mit einer Stimme gegenüber Politik und Arbeitgebern sprechen wird (62% der Befürworter). Auch die finanzielle und organisatorische Unabhängigkeit einer Pflegekammer ist (laut der jetzt erfolgten Befragung) den meisten Befürwortern sehr wichtig (54%). Erwartet wird zudem, dass es durch eine Pflegekammer zu einer besseren Qualität in der Pflege kommt und sich das Berufsbild weiterentwickelt (50%). 47% sind der Meinung, dass eine Pflegekammer die



© Peter Atkins / stock.adobe.com (Symbolbild mit Fotomodellen)

Das Interesse am Thema Pflegekammer war enorm: 17.000 Flyer wurden verschickt. Landesweit gab es 14 Dialogveranstaltungen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.

Wahrnehmung der Pflege in der Öffentlichkeit steigert und damit den Beruf attraktiver macht. Dass eine Pflegekammer den Beruf stark aufwerte und sie ein besonderes Zeichen der Anerkennung gegenüber allen Pflegenden ist, vertreten 38% der Befürworter.

Meinung zum Pflichtmitgliedsbeitrag: 53% der Befragten haben sich bei der jetzt erfolgten Umfrage gegen einen Pflichtmitgliedsbeitrag ausgesprochen. Dieses Bild zeigt sich erneut in nahezu gleichem Umfang in der ambulanten Pflege (51%), der stationären Pflege (54%) und im Krankenhausbereich (54%). Dies ist ein aus anderen Pflegekammerbefragungen bekanntes Phänomen – auch wenn sich eine Mehrheit für die Gründung einer Pflegekammer ausspricht.

Gründe der Gegner einer Pflegekammer: Die Gegner einer Pflegekammer führen ins Feld, dass die Kammer keine Mitsprache bei der Entlohnung und beim Thema Personalmangel habe (74%). Deutlich wurde bei den im Vorfeld der Befragung durchgeführten Dialog-Veranstaltungen, dass bei diesen beiden Punkten der „größte Frust“ und Gesprächsbedarf bestehe. Zum Aufgabenspektrum einer Pflegekammer gehören sie jedoch nicht. Weiter befürchtet wurde bei den Ablehnern einer Pflegekammer, dass mit einer Kammer lediglich eine neue, wirkungslose organisatorische Einrichtung geschaffen wird (64%). Der Pflichtbeitrag spielt gegenüber diesen Gründen eine eher nachgeordnete Rolle (57%). Er ist nicht der Hauptgrund der Gegner einer Pflegekammer in Brandenburg.

Pflegekammer und Gewerkschaft: Die meisten der befragten Pflegefachpersonen in Brandenburg (46%) sind der Meinung, dass die Pflegekammer eine sinnvolle Ergänzung zur Gewerkschaft wäre. Knapp ein Viertel (24%) sehen in ihr eine konkurrierende Einrichtung. 30% der Befragten können diese Frage nicht beurteilen. Genau ein Fünftel der Befragten gaben an, Gewerkschaftsmitglied, 26% Mitglied eines Berufsverbandes zu sein.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

NRW: Überwältigende Mehrheit votiert für Kammer

Nordrhein-Westfalens Pflegekräfte wollen eine Pflegekammer. Das teilte der Gesundheitsminister des Landes, Karl-Josef Laumann, mit. In einer Befragung habe sich eine deutliche Mehrheit für diese Form der Interessenvertretung ausgesprochen.

Von Oktober bis November wurden in NRW 1.503 Pflegekräfte repräsentativ befragt. Sie sollten abstimmen, ob und wenn ja, welche Form der Interessenvertretung sie haben wollen. Minister Laumann stellte heute die Ergebnisse in Düsseldorf vor:

- 86% der Befragten wünschten sich eine eigene Interessenvertretung
- 59% befürworteten dabei ausschließlich die Gründung einer Pflegekammer
- 7% plädierten für einen Pflegering
- 20% befürworteten sowohl die Errichtung einer Pflegekammer als auch eines Pflegerings
- Lediglich 8% sprachen sich gegen eine eigene Interessenvertretung für die Pflege aus
- 6% waren unentschieden

Laumann sprach von einem deutlichen Ergebnis: „79 % der Pflegefachkräfte wollen eine Kammer“. Dies sei ein eindeutiges Signal an die Politik. Die Entscheidung müsse nun konsequent umgesetzt und die Pflegekammer zügig errichtet werden. Der Minister kündigte an, noch vor der Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen: „Ich möchte die Kammer zu einer starken Stimme für die Pflege machen.“

Hoherfreut vom Befragungsergebnis in NRW zeigte sich DPR-Präsident Franz Wagner: „Dies ist ein großartiger Tag für die Pflegenden und die Menschen, die Pflege benötigen, in NRW“, erklärte er. Angesichts der gewaltigen Herausforderungen im Bereich Pflege sei es „gut und richtig, die pflegerische Perspektive künftig mit Hilfe einer Pflegekammer in die Gestaltung des Gesundheitswesens mit einzubeziehen. Wagner begrüßte zudem den Willen von NRW-Gesundheitsminister Laumann, die Kammergrün-

dung zügig anzugehen. Die Präsidentin der Pflegekammer Niedersachsen, Sandra Mehmecke, sieht das Votum in NRW als „deutliches Zeichen für die gesamte Bundesrepublik“. Die befragten Pflegekräfte hätten sich für eine schlagkräftige und unabhängige Interessenvertretung in NRW ausgesprochen. „Hätte es eine solche Institution schon vor Jahren gegeben, hätte sich die Situation in der Pflege mit Sicherheit nicht so dramatisch zugespitzt.“ (ne)

interessenvertretung-pflege.nrw.de

Deutscher Pflergetag 2019

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn ist erneut Schirmherr des Deutschen Pflergetags 2019, der vom 14. bis 16. März 2019 zum sechsten Mal in Berlin stattfindet und dessen Mitveranstalter der Deutsche Pflergerat e. V. (DPR) ist. Kernziel des Deutschen Pflergetags ist es, der Pflege eine Stimme zu geben. Das diesjährige Motto lautet: „Gepflegt in die Zukunft – JETZT“.

„Können wir darauf vertrauen, ‚gepflegt in die Zukunft‘ zu gehen? Der 6. Deutsche Pflergetag bietet ein Jahr nach dem Amtsantritt der Bundesregierung Gelegenheit für eine Zwischenbilanz“, schreibt Minister Spahn in seinem Grußwort zum Kongress.

Erwartet werden zum Deutschen Pflergetag in der STATION in Berlin rund 10.000 Interessierte, die sich in Fachvorträgen, Podiumsdiskussionen und Workshops austauschen. Eine Fachaustellung informiert über die neuesten Trends in der Branche. Themen des Deutschen Pflergetags werden u.a. sein: Wie werden wir morgen arbeiten? Neue Versorgungsformen, neue Arbeitsplätze – Gibt es einen Ausweg aus der demografischen Falle? Die Pflege soll es nun richten – Wird jetzt alles gut? Professionalisierung vs. Gleichmacherei – Wie viel Geld darf man mit der Pflege verdienen?

Erstmals wird der Deutsche Pflergetag mit China ein Partnerland haben.

deutscher-pflergetag.de

NEWS

**Spahn denkt über
Bundespflegekammer nach**

Das deutliche Votum pro Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen belebt auch die Diskussion um eine Bundespflegekammer neu: Gegenüber der „Rheinischen Post“ sprach sich Gesundheitsminister Jens Spahn für eine starke Interessenvertretung der Pflegenden auf Bundesebene aus.

„Pflege braucht eine gute Interessenvertretung. Kammern können dafür eine Lösung sein“, sagte Spahn am 10. Januar der in Düsseldorf erscheinenden Zeitung. Voraussetzung sei allerdings, dass diese auch von den Pflegekräften getragen werde. „Nur mit diesem Rückhalt ist eine Interessenvertretung schlagkräftig – auch auf Bundesebene“, so der Minister weiter.

Deutlicher äußerte sich der Pflegebeauftragte der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus. Er hoffe, dass „die Gründung einer Pflegekammer in Nordrhein-Westfalen die letzten Dämme für eine Bundespflegekammer bricht“.

bundesgesundheitsministerium.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„PflegePositionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Director Professional Care: Falk H. Miekley

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Aktuelle Forderungen des DPR**Masterplan Pflegeberufe**

Ist der Personalmangel in der Pflege ein lösbares Problem? Diese Frage stellte sich Franz Wagner, Präsident des Deutschen Pflegerats e.V. (DPR), beim Deutschen Pflege-Forum in Berlin.

Wagner forciert einen Masterplan Pflegeberufe, der Lösungen und Umsetzungsmöglichkeiten zur Bewältigung des Personalmangels in der Pflege aufzeigen muss: „Mit dem, was wir heute haben, wird es künftig nicht funktionieren.“ Die derzeit laufende „Konzertierte Aktion Pflege“ werde hierzu im Frühjahr 2019 die ersten Ergebnisse vorlegen. Die politische Richtung „stimme“, wenn auch „viele nicht bis zum Ende gedacht worden sei“, machte er deutlich. Das wisse die Politik, die „weitere Schritte“ versprochen habe. Denn, so Wagner: „Wir brauchen umsetzbare Lösungen, bei denen durchaus auch die Systemfrage gestellt werden darf“.

Hohe Arbeitsdichte

Die heutige Ausgangslage sei geprägt von einer hohen Nachfrage nach Pflegeleistungen, die mehr Pflegepersonal erfordere. Gleichzeitig steige der Anteil der über 50-Jährigen bei den Mitarbeitern (38% in Niedersachsen, 40% in Schleswig-Holstein), bei einer zugleich hohen Teilzeitquote (56% in der Altenpflege) und rund 9,5 Millionen Überstunden im Jahr. Benötigt werden bereits heute rund 100.000 Pflegemitarbeiter mehr – in unseren Krankenhäusern und ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen. Andere Studien sehen bis zum Jahr 2030 auf Grundlage der aktuellen Strukturbedingungen ein Mehr von fast 50% an Pflegepersonal. „Daraus ergibt sich das maximale Problem, die professionell Pflegenden im Beruf zu halten. Wir haben bereits heute viele Fachpersonen in der Pflege, die angesichts der Rahmenbedingungen nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten möchten.“ Das führe dazu, dass

bereits die „heutige Versorgung in der Pflege mangelhaft ist. Das müssen wir uns ehrlich eingestehen. Zugleich verbrennen wir bereits in der Ausbildung unseren eigenen Nachwuchs“.

Verweildauer im Beruf erhöhen

Lösungsansätze sieht Wagner darin, ein attraktiver Arbeitsgeber zu werden und die Personalbindung zu stärken. Hierzu gehören u.a. eine gute Führung, eine Senkung der Arbeitsbelastung, verlässliche Dienstpläne sowie eine Investition in die Personalentwicklung und in die Ausbildung.

Erhöht werden müsse die Verweildauer im Beruf (u.a. durch Spezialisierungen, horizontale Karrieremodelle); stille Reserven seien zu aktivieren. Letzteres greife jedoch nur, wenn glaubwürdig die Arbeitsbedingungen verbessert wurden, weist Wagner hin. Die Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland (maßvoll unter Beachtung der ethischen Aspekte) gehöre zur Lösung genauso dazu, wenn Wagner auch „kein großes Potenzial“ darin sieht.

Wichtig sei es, das Image des Pflegeberufes zu verbessern und durch Strukturveränderungen den Bedarf an Pflegepersonal zu senken, zumindest zu stabilisieren.

Die Grundlage zur Erreichung der Trendwende zu mehr Pflegepersonal sieht Wagner vor allem in der Verbesserung der Rahmenbedingungen der pflegerischen Arbeit. Dazu gehöre es auch, z.B. bei der (telemedizinischen) Versorgung vor Ort mehr auf die ambulanten Pflegedienste und deren Know-how zu setzen.

deutschespflegeforum.de